

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
198 · Ausgabe CH · Januar 2022
AZB 3001 Bern



Nur noch Konsum, Arbeit und Rente besteuern? Nein!

Warum wir gegen die Abschaffung der Stempelsteuer kämpfen. Ab Seite 4

BRISANTES AM DIGITALEN PARTEITAG

Kita- und Klimafond-Initiative: Zwei Volksbegehren, über die wir am Parteitag diskutieren. Worum es genau geht ab Seite 15.

WIE WEITER NACH DER KLIMAKONFERENZ?

Informationen aus erster Hand in der Nachlese zur COP26 mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Online-Chat. Seite 17

Liebe Leserin, lieber Leser



Wie lange dauert es eigentlich noch, bis die Gleichstellung in der Familie erreicht ist? Ich weiss nicht, wie es euch ergeht, aber mir scheint, als würde mich dieses Thema seit meiner Kindheit verfolgen. Damals dachte ich, dass Frauen einfach einer Erwerbsarbeit nachgehen sollten (oder nach altem Ehe-recht: dass sie ausser Haus arbeiten durften). Dann würde sich das einpendeln, mit dem eigenen Geld und so.

Seit ich selber Kinder habe, weiss ich es besser. Die Arbeit ist nicht weniger geworden, allen Helferlein im Haushalt zum Trotz. Gerechter aufgeteilt wird sie ebenfalls selten, das zeigen die Statistik und der Blick in die Nachbarschaft. Zur

Statistik: Frauen verdienen in der Schweiz pro Jahr 100 Milliarden Franken weniger als Männer, obwohl sie gleich viel arbeiten. Der Unterschied lässt sich gros-senteils auf die ungleiche Verteilung von unbezahlter Arbeit zurückführen. Also Wickeln, Waschen und so. Damit bleibt weniger Zeit für die bezahlte Arbeit, mit den bekannten Folgen: tiefer Lohn und tiefe Rente.

Man könnte es auch so sagen: Die Frauen zahlen die Zeche dafür, dass es viel zu wenig erschwingliche Kinderbetreuung gibt. Hätte jedes Kind Anrecht auf einen bezahlbaren Betreuungsplatz, wäre in Sachen Gleichstellung viel gewonnen.

Um die Lücke zu schliessen, lancieren wir am Parteitag die Kita-Initiative. Mehr zum Thema liest du auf Seite 15 – damit sich die bezahlte und die unbezahlte Arbeit besser aufteilen lassen.

Aber eigentlich sollte es im Leben ja nicht nur um Arbeit gehen, oder?

Ich wünsche euch allen eine frohe Lektüre und grüsse solidarisch

Eure

Pia Wildberger

PS: Du kannst der Kita-Diskussion am Parteitag vom 5. Februar online folgen, wir übertragen den Anlass live auf unserem Youtube-Kanal und auf unserer Website sp-ps.ch.

INHALT

- 4 Steuer I: Nein zur Abschaffung der Stempelsteuer!**
Wie seit Jahren das Kapital entlastet und Arbeit sowie Konsum belastet werden
- 5 Steuer II: Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer!**
Wie die Bürgerlichen neue Steuerschlupflöcher schaffen
- 6 Ja zum Medienpaket**
Warum die Medien gefördert werden müssen
- 8 Referendum gegen die AHV 21**
Die Altersvorsorge sanieren auf Kosten der Frauen? Nein!
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Basiskampagne: Erfolgreiche Polit-Apéros**
Wie der Auftakt zum Wahlkampf gelingen kann
- 14 Ausblick 2022**
Mattea Meyer und Cédric Wermuth zeigen, wo dieses Jahr die Schwerpunkte liegen
- 15 Parteitag**
Die Kita- und die Klimafonds-Initiative werden zu reden geben
- 16 Kochen fürs Klima**
Richard Pohler tischt in der Coal-mine in Winterthur nachhaltige Köstlichkeiten auf
- 18 5 Fragen an Neumitglied Hannah Marquis aus Basel**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**

PRIX CLIMAT 2022



Prix Climat: Die Finalist:innen

Die Landwirtschaft ist eine wichtige Treiberin des Klimawandels. Sie ist aber auch Teil der Lösung. Die Klima-Allianz hat daher den Prix Climat lanciert. Bauernbetriebe konnten ihre klimafreundlichen Projekte einreichen, aus denen schlussendlich sechs Finalist:innen hervorgingen. Zur Wahl stehen nun beispielsweise die Herstellung

von Hafermilch, die regenerative Landwirtschaft im Obstbau oder eine nachhaltige Fleischproduktion. Die Fachjury vergibt den Preis an die innovativsten Landwirt:innen am 10. März. Ab dem 24. Februar wird über ein Online-Voting ein:e Publikumspreisträger:in gekürt. → prixclimat.ch.

Lügt die Politik?

In den letzten Wochen haben gleich mehrere Podcasts Aufmerksamkeit erregt: In der ersten Staffel der Podcastserie von «**Dini Mueter**» lassen die beiden Mütter und Moderatorinnen Sibylle Hartmann (Journalistin) und Livia Vogt (Juristin) beim Feierabendbier nicht etwa einen Arbeitstag ausklingen, sondern bringen die unbequemen Themen rund um die inakzeptablen Bedingungen von Mutterschaft und Kinderbetreuung in der Schweiz auf den Tisch. Dabei gehen die beiden Frauen die Themen kenntnisreich an und laden bei Bedarf weitere Fachfrauen auf ein Bier ein. Hartmann und Vogt schaffen es so auf lockere Art, die scheinbar ewig gleichen Themen mit neuem Elan und Fakten zu beleben – erfrischend und lehrreich. Ebenfalls einen feministischen Podcast betreiben die stellvertretende VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey und Nationalrätin Min Li Marti, und zwar unter dem Titel «**FemmeFact**». Die letzte Folge widmet sich dem brennenden Thema Frauenrenten. Expertin Gabriela Medici vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund erklärt darin, weshalb es nicht angeht, dass Frauen länger arbeiten und erst noch weniger im Portemonnaie haben sollen.

Und unser alt Nationalrat Tim Guldemann startete den Podcast mit dem bezeichnenden Titel «**Debatte zu Dritt**» bereits im Spätsommer, sodass sich etliche Folgen nachhören lassen. Alle zwei Wochen lädt der ehemalige Diplomat illustre Gäste aus dem öffentlichen Leben ins Studio und diskutiert mit ihnen

grundsätzliche Fragen aus Gesellschaft und Politik, etwa «Hat Sozialdemokratie Zukunft?» (mit Matthea Meyer und Norbert Walter-Borjans) oder «Staat, Kultur & Cancel Culture» (mit Monika Grütters und Adolf Muschg). Dabei gelingt es Talkmaster Guldemann, den grossen Bogen zu schlagen und die Gäste dennoch ausführlich zu Wort kommen zu lassen. In der nächsten Debatte diskutieren die Zürcher SP-Regierungsratspräsidentin Jacqueline Fehr und Philosophieprofessor Georg Kohler die Frage «Lügt die Politik?» – wir sind gespannt.

Alle Folgen finden sich auf Streamingplattformen wie spotify oder hier:

- ekdm.ch
- femmeFact.ch
- timguldemann.ch



Kein Kriegsverbrecher darf sich sicher fühlen

Im weltweit ersten Strafverfahren zur Aufarbeitung von Staatsfolter in Syrien hat das Oberlandesgericht Koblenz den 58-jährigen Anwar Raslan wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. «Mit diesem Urteil sendet Deutschland ein wichtiges Signal gegen die Straflosigkeit bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit», schreibt dazu Amnesty International.

Im Februar 2020 verhafteten die deutsche und die französische Polizei Anwar Raslan, den ehemaligen Vernehmungschef in einem syrischen Geheimdienstgefängnis, sowie den Geheimdienstmitarbeiter Eyad al-Gharib. In einem Prozess, der im April 2020 begann, wurden sie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der Folter von Gefangenen in der Abteilung 251 des Geheimdienstes angeklagt. Am 24. Februar 2021 war bereits Eyad al-Gharib wegen seiner Rolle bei der Folter von inhaftierten Demonstrant:innen zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Mitte Januar veröffentlichte das Gericht das Urteil gegen Anwar Raslan. Es ist noch nicht rechtskräftig.

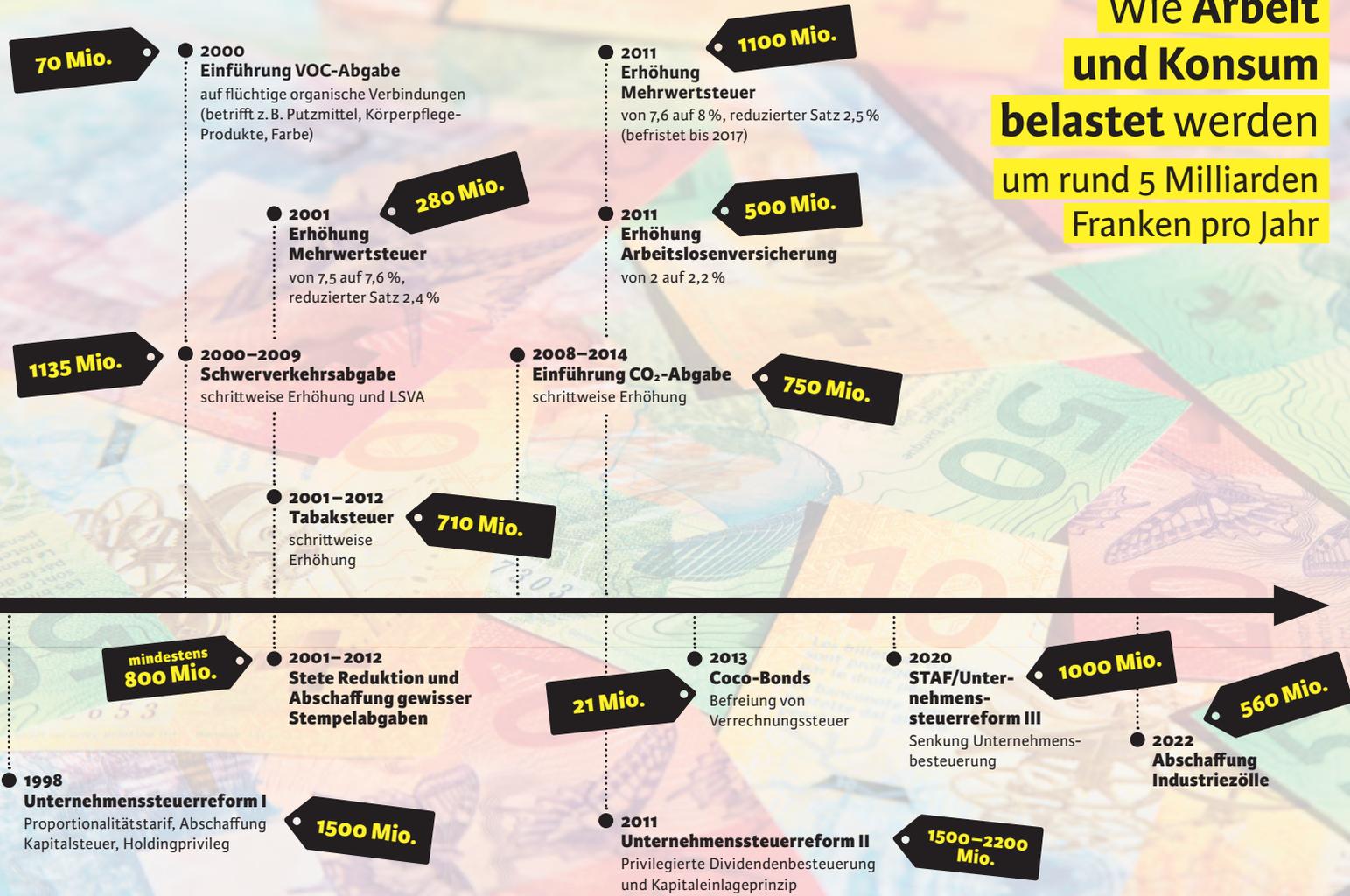
Unsere Drei-Viertel-Demokratie

Jede vierte Person in der Schweiz ist nicht stimmberechtigt, weil sie nicht den roten Pass besitzt. Und seit Inkrafttreten der verschärften gesetzlichen Regelungen 2018 nimmt die Zahl der Einbürgerungen ab. Ständerat Paul Rechsteiner verlangte daher in einer Motion die Einführung des «ius soli», mit den Menschen, die in der Schweiz geboren wurden, das Schweizer Bürgerrecht erhalten hätten. Dies wurde in der Wintersession von Bundesrat und Parlament abgelehnt.

Für die Aktion Vierviertel, einer Vereinigung aus der Zivilgesellschaft, ist damit klar, dass der Impuls und der politische Druck für ein modernes Bürgerrecht von unten kommen müssen. Zusammen mit anderen Organisationen will die Aktion Vierviertel deshalb eine Volksinitiative lancieren, um das Thema auf die Agenda zu setzen und einem zeitgemässen Bürgerrecht zum Durchbruch zu verhelfen. Die zivilgesellschaftliche Bewegung Aktion Vierviertel wurde 2020 mit dem Ziel gegründet, die Demokratie in der Schweiz zu fördern, indem alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz durch Erlangung des Bürgerrechts als vollwertige Mitglieder am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

→ aktionvierviertel.ch

**Wie Arbeit
und Konsum
belastet werden
um rund 5 Milliarden
Franken pro Jahr**



**Wie Konzerne und Grossaktionäre entlastet werden
um rund 5 Milliarden Franken pro Jahr**

Nein zur Abschaffung der Stempelsteuer

WER WÜRDEN VON DER ABSCHAFFUNG DER STEMPELSTEUER PROFITIEREN? UND WER MÜSSTE DAFÜR BEZAHLEN? DIE KURZE ANTWORT: KONZERNE UND FINANZINDUSTRIE WÜRDEN ENTLASTET, NORMALE STEUERZÄHLER:INNEN ZUSÄTZLICH BELASTET. DIE LANGE ANTWORT LIEST DU HIER – ES DROHEN BIS ZU 20 PROZENT MEHRWERTSTEUER FÜR UNS ALLE! Cédric Wermuth, Co-Parteipräsident

Was uns Stimmbürger:innen als Entlastung von krisengeschüttelten KMU und Start-ups verkauft wird, ist in Tat und Wahrheit nichts anderes als eine steuerliche Bevorzugung von Finanzindustrie und finanzstarken Grosskonzernen. Denn von einer Abschaffung der Stempelsteuern profitieren vor allem die Grossen: Im Jahr 2020 entrichteten beispielsweise nur 55 Unternehmen über die Hälfte der Stempelsteuern. Sie hätten von einer Abschaffung profitiert. Der allergrösste

Teil der 590 000 KMU in der Schweiz hingehen wäre leer ausgegangen. Das ist kein Wunder, denn die Stempelsteuer wird erst fällig, wenn die Erhöhung des Eigenkapitals die Grenze von einer Million Franken überschreitet. Das betrifft nur einen kleinen Teil der KMU.

Die Profiteure
Nutzen ziehen aus der Abschaffung der Stempelsteuer würden Konzerne wie die auf

Sportwetten spezialisierte Firma Sportradar oder die Transocean in Zug. Letztere Firma ist bekannt als Betreiberin der Ölplattform Deepwater Horizon, die im Golf von Mexiko eine Ölpest verursachte. Diese beiden Firmen leisteten in der Vergangenheit bekanntermassen Stempelabgaben. Gemessen am Wert und Gewinn dieser Börsengiganten waren die Stempelsteuern für die Verantwortlichen ein Klacks. Für uns Steuerzahler:innen steht jedoch viel auf dem Spiel: 250 Millionen Franken spült die Stempelsteuer jährlich in die Bundeskasse. Fehlt diese Summe, müssen wir Bürger:innen das Loch stopfen, entweder über höhere Steuern oder über Abgaben und Gebühren. Wir alle hätten weniger in der Ta-

STEMPELSTEUER IN KÜRZE

Der Bund erhebt drei Arten von Stempelabgaben. In der Abstimmung geht es jedoch nur um eine der drei Arten, nämlich die Emissionsabgabe. Diese beträgt ein Prozent und wird vom Bund erhoben, wenn inländische Unternehmen Aktien, Stammeinlagen oder Genossenschaftsanteile ausgeben. Bei der Gründung einer Firma oder einer Kapitalerhöhung gilt eine Freigrenze von einer Million Franken (im Sanierungsfall von zehn Millionen Franken). Die Freigrenze wurde kürzlich vervierfacht, um die Bedürfnisse von KMU und Start-ups abzudecken. Der Grossteil der KMU in der Schweiz kommt nicht über diese Freigrenze hinaus.

sche. So würde dieser Stempelsteuer-Bschiss unsere Kaufkraft mindern und der Wirtschaft schaden.

Nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuern? Nein!

Das Ganze hat System: In den letzten 25 Jahren wurden Unternehmen bei den Steuern immer wieder bevorteilt. Eine Steuerreform folgte auf die andere. Und es kann noch viel dicker kommen: «Vorwiegend werden Einkommen und Konsum besteuert», lautet der erste Leitsatz in einem brisanten Strategiepapier aus dem Eidgenössischen Finanzdepartement. Mit anderen Worten: Es soll nur noch Steuern bezahlen, wer von einer Rente oder Lohn lebt oder wer etwas konsumiert. Konzerne hingegen sollen nichts mehr zum Allgemeinwohl beitragen müssen.

Wenn dieser ungeheuerliche Plan umgesetzt würde, führte dies zu einem Mehrwertsteuersatz von 20 Prozent. Das wäre volkswirtschaftlich katastrophal. Die Abschaffung der Stempelsteuer bildet ein wichtiges Puzzleteil in diesem perfiden Plan. Die Antwort an der Urne kann darum nur lauten: Nein!

DARUM GEHT ES

- Die Abschaffung der Stempelsteuer würde jedes Jahr Steuerausfälle von 250 Millionen Franken verursachen. Wir Steuerzahler:innen müssten dafür aufkommen – mit höheren Steuern und Gebühren.
- Es ist ungerecht, wenn Konzerne keine Stempelabgabe auf Kapitalerhöhungen bezahlen. Stempelabgaben entsprechen im Finanzbereich der Mehrwertsteuer, die wir alle auf jedes Gipfeli und jeden Pullover bezahlen.
- Der Stempelsteuer-Bschiss ist ein Puzzleteil in einem grossen Plan der rechten Mehrheit, künftig nur noch Lohn, Rente und Konsum zu besteuern.

Gegen die Selbstbedienungsmentalität in der Teppichetage

DIE GEPLANTE ABSCHAFFUNG DER VERRECHNUNGSSTEUER IST EINE EINLADUNG AN DIE ADRESSE VON INLÄNDISCHEN UND AUSLÄNDISCHEN STEUERKRIMINELLEN. DARUM HABEN WIR DAGEGEN DAS REFERENDUM ERGRIFFEN.



Prisca Birrer-Heimo,
Nationalrätin LU

Eigentlich ist es simpel: Die Verrechnungssteuer ist eine Sicherungssteuer, welche die Steuerhinterziehung verhindern soll. Wer seine Einnahmen deklariert und korrekt versteuert, bekommt die Verrechnungssteuer rückerstattet. Dieses bewährte Anreizsystem erhöht die Steuerehrlichkeit.

Nun soll die Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen abgeschafft werden. Damit wird der Sicherungszweck ausgehebelt. Es entsteht ein neues Steuerschlupfloch für jene, die Erträge oder Vermögensteile nicht oder nur unvollständig deklarieren. Das ist ein Freipass für in- und ausländische Steuerkriminelle. Die Ausfälle bezahlen am Schluss die ehrlichen Steuerpflichtigen, die jeden Franken aus Einkommen und Sparkonto versteuern.

Einmalig kostet das Vorhaben der Rechten uns alle eine Milliarde Franken, und bei den aktuell tiefen Zinsen jährlich wiederkehrend rund 200 Millionen Franken. Bei einem Zinsniveau von 3 bis 4 Prozent dürften die Steuerausfälle 600 bis 800 Millionen Franken betragen. Dies betrifft auch die Kantone, da sie 10 Prozent der Erträge aus der Verrechnungssteuer erhalten.

Eigentlich war es anders geplant

Ursprünglich hätte mit der Reform der Verrechnungssteuer ein Systemwechsel vollzogen werden sollen: Die Steuer sollte nicht mehr bei den Herausgebern von Anleihen erhoben werden (heutiges Schuldnerprinzip), sondern bei den Empfängern beziehungsweise deren Banken (Zahlstellenprinzip). Damit wäre auch das Steuerschlupfloch für ausländische Obligationen gestopft worden. Doch nach massivem Lobbying der Banken und Finanzbranche wurde der Systemwechsel sang- und klanglos gestrichen, das bestehende Steu-

erschlupfloch belassen und sogar ein neues geschaffen.

Auch der Bundesrat verfolgte ursprünglich andere Absichten. Er wollte den Sicherungszweck der Steuer ausdehnen. Die Bürgerlichen verweigerten jedoch alle Massnahmen wie etwa ein Meldeverfahren. Die Spätschäden der «Matter-Initiative» zum Schutz des Bankkündengeheimnisses (sprich Steuerhinterzieher-Geheimnis) sind offensichtlich: Die rechte Parlamentsmehrheit versüsste den Initianten den Rückzug der Initiative, indem sie auf eine Verschärfung des Steuerstrafrechts verzichtete und eine Verrechnungssteuerreform ohne Sicherungen aufgleiste.

Während das ersparte Kleinvermögen auf den Sparkonti weiterhin der Verrechnungssteuer unterliegt, ziehen sich Grossanleger steuerfrei aus der Affäre. Diese Selbstbedienungsmentalität der Teppichetage, die lange Reihe von Steuervorlagen, die einseitig das Kapital und die Vermögenden bevorzugen, müssen gestoppt werden!

Wer online unterzeichnen möchte:
steuerkriminalitaet-nein.ch

Jetzt Karte in der Heftmitte unterzeichnen

Steuerkriminalität fördern?

NEIN

zur Abschaffung der Verrechnungssteuer.

Ja zum Verbot von Tabakwerbung

DIE WERBUNG FÜR TABAKPRODUKTE SOLL EINGESCHRÄNKT WERDEN – ZUM WOHL DER JUGEND UND DER GESUNDHEIT. DIESE STELLEN WIR ÜBER DEN PROFIT EINZELNER KONZERNE. DARUM: JA ZUM VERBOT VON TABAKWERBUNG.



Hans Stöckli,
Ständerat BE und
Präsident «Kinder
ohne Tabak»

Werbung wirkt. Das gilt auch für Tabakwerbung, die nicht zufällig vor allem auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet ist: Diese bilden das grosse zukünftige Marktpotential der Tabakindustrie.

Die Mehrheit der Raucher:innen greift bereits als Minderjährige:r zur Zigarette. Studien belegen, dass Kinder und Jugendliche etwa zu gleichen Teilen von den Kolleg:innen und von der Tabakwerbung zum Rauchen verführt werden.

Mir ist erst als Gesundheitspolitiker und Präsident der Schweizerischen Gesundheitskonferenz richtig bewusst geworden, wie gesundheitsschädigend das Rauchen wirklich ist. Fast alle nichtübertragbaren Krankheiten, seien es Lungen- und Herz-

krankheiten, Krebs, Diabetes oder Rheuma, werden durch den Tabakkonsum ausgelöst oder verschlimmert. In der Schweiz ist der Tod von jährlich 9500 Menschen auf den Tabakkonsum zurückzuführen.

Der Konsum verursacht neben menschlichem Leid auch direkte Gesundheitskosten von jährlich drei Milliarden Franken. Hinzu kommen indirekte Kosten in Höhe von zwei bis drei Milliarden Franken wegen des vorübergehenden oder dauerhaften Verlusts der Arbeitsfähigkeit.

Aus all diesen Gründen ist es dringend notwendig, dass wir die Kinder und Jugendlichen vor der Tabakwerbung schützen und die Initiative annehmen.

Prädikat ungenügend

Das Tabakproduktegesetz, das im Parlament als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative verabschiedet wurde, verbietet den Verkauf von Tabakprodukten und E-Zigaretten an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Gut so. Gleichzeitig schränkt das Gesetz die Tabakwerbung an die Adresse von Minderjährigen nicht weiter ein, als es einige Kantone bereits heute tun.

Das ist ungenügend. Wenn Kindern und Jugendlichen keine Tabakprodukte verkauft werden dürfen, soll auch Werbung sie nicht erreichen. Heute sind Jugendliche jeden Tag durchschnittlich 68 Mal tabakfreundlichen Reizen ausgesetzt. Das Tabakgesetz schützt sie auch nicht vor verführerischer Werbung in Gratiszeitungen, im Internet, auf sozialen Medien, am Kiosk und an Festivals.

Warum eine Initiative?

Die sehr breit abgestützte Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» wurde nötig, weil die Mehrheit im Parlament 2016 die bundesrätlichen Vorschläge zum Tabakproduktegesetz zurückgewiesen und dem Gesetz alle Zähne gezogen hatte. Dies, obwohl alle Länder Europas und die meisten weltweit weitergehende Werbebeschränkungen kennen. Die Mehrheit im Parlament stellte damals die wirtschaftlichen Interessen über die Gesundheit und den Jugendschutz.

Das können und müssen wir korrigieren. Es ist unsere Pflicht, Kinder und Jugendliche vor der Verführung durch die Tabakwerbung zu schützen. Deshalb – wie die gesamte SP-Fraktion in den Räten: Legt ein überzeugtes Ja zur Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» in die Urne.

Nein zum Verbot von Tier- und Menschenversuchen

Der Schutz von Mensch und Tier ist ein wichtiges Anliegen, aber die Initiative ist der falsche Weg. Strenge Kontrollen und die Weiterentwicklung alternativer Forschungsmethoden senken die Zahl der Tierversuche schon heute. Das von der Initiative geforderte bedingungslose Verbot von Versuchen ist zu radikal und stellt Forschung und Medizin vor unlösbare Probleme. Deshalb sagen wir Nein zum Tier- und Menschenversuchsverbot.

Obwohl die Forschung Fortschritte macht, lassen sich Impfstoffe heute noch nicht an Zellen aus dem Labor testen. Der menschliche Organismus ist dafür zu komplex. Ohne Tierversuche gäbe es keinen Covid-19-Impfstoff.

Zur Sicherheit müssen Medikamente und Therapien an gesunden Freiwilligen getestet werden. Ein Verbot medizinischer Forschung würde die Entwicklung von Medika-

menten und Impfstoffen verunmöglichen. Neue Behandlungen würden so verhindert. Das geforderte Importverbot würde die Medikamentenversorgung gefährden und der Bevölkerung den Zugang zu modernen Medikamenten verwehren.

Alles wird in einen Topf geworfen

Die Initiative verbietet jegliche Forschung am Menschen – nicht nur in Medizin und Biologie, sondern auch in Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaft. Nicht alle wissenschaftlichen Experimente sind belastend. Teilweise handelt es sich um Verhaltensstudien, deren Forschungsergebnisse beispielsweise der artgerechten Haus- und Nutztierhaltung oder dem Umweltschutz zugutekommen. Die Initiative unterscheidet auch nicht zwischen verschiedenen Schweregraden von Tierversuchen. Dies gefährdet

Verhaltensstudien, etwa zur Entwicklung von Fischtreppe. Dafür werden viele Fische benötigt, die jedoch nur geringfügig belastet werden.

Strenge Tierschutzbestimmungen

Die Schweizer Tierschutzbestimmungen sind streng. Sie verpflichten Forschende, die Versuche wenn möglich durch alternative Forschungsmethoden zu ersetzen, möglichst wenig Tiere einzusetzen und deren Belastung so gering wie möglich zu halten. Heute werden deshalb zwei Drittel weniger Tierversuche durchgeführt als zu Beginn der 1980er-Jahre. Dennoch müssen die wissenschaftlichen Methoden stetig weiterentwickelt und verbessert werden. Öffentliche Mittel sollen gezielt in Forschungsprojekte ohne Tierversuche fließen. Diesbezüglich ist auch die internationale Zusammenarbeit zu stärken.

Mehr Medien bedeuten mehr Demokratie

DIE MEDIENVIELFALT SINKT, VIELE MEDIEN STEHEN UNTER DRUCK. BESONDERS BETROFFEN SIND LOKALE MEDIEN UND DIGITALE ANGEBOTE. DOCH FÜR EINE FUNKTIONIERENDE DEMOKRATIE IST DIE MEDIENVIELFALT LEBENSWICHTIG. DARUM: JA ZUM MEDIENPAKET!

In China, Russland und der Türkei gibt der Staat vielfach vor, was die Bürger:innen in den wenigen Medien vorgelesen bekommen. Meinungsfreiheit und Medienvielfalt gibt es nicht. Die Politik kann schalten und walten, wie sie will. Denn die Medien erfüllen ihre Funktion als vierte Gewalt nicht. Anders sieht dies in demokratischen Ländern wie der Schweiz aus. Hier gibt es zahlreiche Medien und unabhängigen Journalismus, die die Politik und die Mächtigen im Land kritisieren. Mehr Medien bedeuten denn auch mehr Demokratie – und wo es nur wenige Medien gibt, ist auch wenig Demokratie.

Siebzig Titel weniger

Leider nimmt auch hierzulande die Medienvielfalt ab. Der Grund dafür



Matthias Aebischer,
Nationalrat BE

ist in erster Linie bei den sinkenden Werbeeinnahmen zu suchen. Wurde vor 20 Jahren in Schweizer Zeitungen Werbung für knapp zwei Milliarden Franken jährlich geschaltet, so ist es heute nur noch ein Fünftel davon – 400 Millionen Franken im Jahr. Viele Zeitungen haben diese Talfahrt nicht überlebt. Mehr als 70 Titel sind von der Bildfläche verschwunden.

Besonders hart trifft es den regionalen Journalismus. Vielerorts in der Schweiz gibt es keine regionale Berichterstattung mehr. Die Bevölkerung erfährt also nicht, was der Gemeinderat beschlossen hat, wo die Musik am Wochenende spielt oder wer die neue Präsidentin des Volleyballclubs wird.

Eine starke vierte Gewalt ist demokratiepolitisch zwingend

Was nach dem Mediensterben kommt, ist uns aus Italien oder auch aus den USA bekannt. Milliarden-schwere Medienmogule übernehmen, belügen die Bevölkerung auf ihren Kanälen und spülen Leute

wie Silvio Berlusconi oder Donald Trump an die Spitze der Länder. Dies gilt es zu verhindern. Ohne unabhängige Medien und ohne Meinungsvielfalt keine Freiheit.

Das im letzten Sommer geschnürte Medienpaket ist genau das richtige Mittel, um diese Ziele zu erreichen. Es unterstützt die Post-, Früh- und Sonntagszustellung von Zeitungen und Zeitschriften (plus 70 Mio.), hilft privaten Radio- und TV-Stationen (plus max. 28 Mio.), fördert Online-Portale (30 Mio.) und die Qualität im Journalismus (plus 28 Mio.). Alle Massnahmen werden aus dem Bundeshaushalt oder dem Gebührentopf finanziert. Neue Abgaben sind nicht nötig.

Seit jeher werden Medien in der Schweiz unterstützt, ohne dass der Staat Einfluss auf den Inhalt nimmt. Das wird auch mit den vorgeschlagenen Massnahmen so bleiben. Diese sind dringend nötig. Denn eine weitere Reduktion der Medienvielfalt würde unsere Demokratie in Gefahr bringen. Eine starke vierte Gewalt ist für unser Land ein Muss.

OhNE
ME~~DI~~en
KEINE
DEMOKRATIE

**JA zur Medienvielfalt
am 13. Februar 2022**



WIE DAS «LINKS» GEFÖRDERT WIRD

Das Medienpaket umfasst mit der indirekten Presseförderung auch die Mitgliederzeitschriften. Die Zustellermässigung ist seit langem Teil der Schweizer Medienförderung und soll nun für die Mitgliederzeitschriften um 10 Millionen auf jährlich 30 Millionen Franken steigen. Die Unterstützung ist neu auf sieben Jahre befristet. Fast 1000 Titel profitieren von diesen Vergünstigungen – vom Infoblatt des Turnvereins bis zum Magazin des Hilfswerks oder der politischen Partei. Die Blätter greifen (häufig in mehreren Landessprachen) gesellschaftspolitische Themen auf, die in den übrigen Medien kaum Beachtung finden. Sie tragen so nachweislich zur demokratischen Meinungsbildung bei.

Der Versand jedes «links» wurde bis 2021 mit 18 Rappen subventioniert. Mit Annahme des Medienpakets würde der Zuschuss pro Exemplar auf 27 Rappen steigen. Doch die Freude dürfte von kurzer Dauer sein, denn die Post hat mehrere Tarifierhöhungen in ähnlichem Umfang angekündigt. Insgesamt würde der Versand der Mitglieder- und Spendenzeitschriften der SP Schweiz (in allen drei Landessprachen) mit Annahme des Medienpakets mit jährlich 125 000 Franken unterstützt.

Mehr dazu: npomedia.ch



Felix Gnehm, Geschäftsleiter von Solidar Suisse

STAND PUNKT

Gegen Ungleichheit

Im neu gegründeten Parteirat möchte Solidar Suisse die globale Dimension unseres Leitspruchs «Für alle statt für wenige» einbringen. Auch die SP muss ihren Kompass darauf ausrichten, was in der Konsum-, Finanz- und Rohstoffnation Schweiz für soziale Gerechtigkeit weltweit getan werden kann und muss.

Wir kaufen T-Shirts, deren Näher:innen in Kambodscha nicht genug verdienen, um ihre Kinder zur Schule zu schicken. Herumgeschobene afghanische und syrische Flüchtlinge leiden mitsamt ihren Kindern in Bosnien an der EU-Aussengrenze unter Kälte und Hunger. Und die Ungleichheit nimmt zu. Zur Verdeutlichung reicht ein Blick in die Staatshaushalte von Subsahara-Afrika. Moçambiques Budget beträgt fünf Milliarden Franken, was für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und öffentliche Dienste für 30 Millionen Einwohner:innen reichen muss. Die Schweiz setzt 75 Milliarden Franken für 8,6 Millionen Menschen ein.

Gegen solch skandalöse Ungleichheit engagieren wir uns. Dazu reichen aber unsere wirkungsvollen Projekte vor Ort nicht aus – zu gross sind die Macht und der Einfluss, die unsere schweizerischen Regelwerke, die Rahmenbedingungen sowie die Konsum- und Investitionsentscheide auf den globalen Süden ausüben. Wo Schweizer Gesetze, die Finanzpolitik oder Geschäftspraktiken zu Ausbeutung führen, stellen wir uns dagegen. Dieses entwicklungspolitische Engagement ist bürgerlich-rechten Kreisen ein Dorn im Auge, wie die Entrüstung im Nachgang zur Konzernverantwortungs-Initiative zeigte.

Trotzdem bleiben wir dran! Dank unseren links-gewerkschaftlichen Wurzeln gehört ein schlagkräftiges politisches Engagement zu unserem Auftrag. Weiterhin setzen wir uns darum mutig, hartnäckig und engagiert für eine faire Wirtschaft mit würdigen Arbeitsbedingungen ein, frei von Unterdrückung und Ausbeutung. Ganz im Sinne von Henry David Thoreau: «Auf je tausend, die an den Blättern des Bösen zupfen, kommt einer, der an der Wurzel hackt.»



AHV-Ausbau statt Rentenklau

RENTENABBAU: ZUERST FÜR DIE FRAUEN, DANN FÜR ALLE. DAS IST DER PLAN DER BÜRGERLICHEN MEHRHEIT IN BUNDESBERN. GLEICHZEITIG VERTEILT DIE RECHTE SCHEIBCHENWEISE STEUERGESCHENKE AN REICHE UND GROSSKONZERNE.



Christine Goll,
Präsidentin SP60+

Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist kein Gleichstellungsprojekt, sondern führt zu lebenslangen Rentenkürzungen, konkret zu jährlich 1200 Franken weniger für die Frauen. Obwohl ihre Rentenlücke immer noch rund ein Drittel beträgt. Jede vierte Rentnerin kann im Alter nur auf die AHV zählen. Doppelt so viele Frauen wie Männer müssen Ergänzungsleistungen beantragen, um über die Runden zu kommen.

Zweite Säule im freien Fall

Länger arbeiten und mehr bezahlen, um im Alter eine tiefere Rente zu erhalten: Das ist auch das erklärte Ziel der Banken- und Versicherungslobby für die zweite Säule. Dort sind die Renten seit über einem Jahrzehnt im freien Fall. Teilzeitarbeit, das Mehrheitsmodell der Arbeitnehmerinnen, entpuppt sich als Rentenfalle. So sind ihre durchschnittlichen Pensionskassenrenten nur halb so hoch wie diejenigen der Männer. Ein Drittel der Frauen hat zudem keinen Anschluss an die berufliche Vorsorge. Dennoch haben die Bürgerlichen im Parlament bereits weitere Rentensenkungen in der BVG-Revision eingeleitet.

Das faktische Rentenalter ist heute bereits tiefer als das gesetzliche. Ge-

rade Frauen steigen früher aus dem Erwerbsleben aus. Sie übernehmen Betreuungsaufgaben für Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Grosseltern stehen mit 160 Millionen Gratis-Arbeitsstunden jährlich an erster Stelle, wenn es um die Kinderbetreuung geht. Sie füllen damit eine grosse Lücke, weil es zu wenig bezahlbare Kita-Plätze gibt.

Bald schon Rentenalter 67?

Die Finanzierung der AHV ist eine Frage des politischen Willens. Die notwendige Zusatzfinanzierung wird heute bewusst knapp gehalten, damit weitere Leistungskürzungen möglichst rasch vorangetrieben werden können. Die Initiative von rechts für Rentenalter 67 ist bereits deponiert. Die ohnehin schon schwierige Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmende wird dabei ausgeblendet.

Die politische Rechte entlarvt sich selbst: Sie fordert einen Rentenabbau für alle, entlastet aber mit der Abschaffung der Stempel- und Verrechnungssteuer – weitere Steuerprivilegien für Reiche sind bereits in der Pipeline – Kapitaleigentümer:innen und Vermögende. Den Preis bezahlt die grosse Mehrheit der Bevölkerung.

Verhindern wir jetzt die Aushöhlung unseres wichtigsten Sozialwerks! Mehr noch: Setzen wir uns offensiv für den Ausbau der AHV mit existenzsichernden Renten ein!

Jetzt das Referendum gegen
«AHV 21» unterschreiben:
ahv-referendum.ch

«Ich versuche das Feuer zu entfachen»

KILIAN KOCH (31) ARBEITET SEIT HERBST 2020 AUF DEM SEKRETARIAT DER SP KANTON LUZERN UND LEITET DORT DAS PROJEKT «SEKTIONEN». «LINKS.LU» SPRACH MIT IHM ÜBER SEINE ARBEIT. Interview: Sebastian Dissler

Lieber Kilian, stell dich doch bitte kurz vor. Aufgewachsen in Schongau im Seetal, lebe ich heute in der Stadt Luzern. An der Hochschule für Soziale Arbeit habe ich soziokulturelle Animation studiert. Neben meiner Arbeit bei der SP arbeite ich auch noch für die Hotel- und Gastrounion, bei der ich ein Projekt zur Aktivierung von Mitgliedern leite.

Worin besteht deine Aufgabe bei der SP Kanton Luzern?

Ich bin Projektleiter, zuständig für die Sektionen. Die Arbeit der Sektionen ist essenziell für den Erfolg der Kantonalpartei, ja sogar für die SP auf nationaler Ebene. Auf Gemeindeebene ist die Partei am nächsten bei den Menschen.

Zusammen mit den Sektionen setze ich zeitlich beschränkte und inhaltlich klar defi-

nierte Einzelprojekte um. In einigen Sektionen versuchen wir, Mitglieder, die noch nicht aktiv sind, in die Arbeit einzubinden. Andere Sektionen sind über die Jahre eingeschlafen. Hier wollen wir einen Neustart anregen und Neumitglieder hinzugewinnen. Weiter analysieren wir, wo Potenzial für neue Sektionen besteht, und versuchen die bereits ortsansässigen Mitglieder zu einer Neugründung zu motivieren.

Ich versuche bei diesen Projekten die Übersicht zu behalten und das Feuer bei den Aktivist:innen zu entfachen. Die eigentliche Arbeit wird aber immer von den Freiwilligen in den Sektionen geleistet.

Wie lautet dein Fazit nach bald ein- einhalb Jahren?

Der riesige Enthusiasmus für die Sozialdemokratie, den die Mitglieder in den Sektionen an den Tag legen, motiviert mich jeden Tag wieder aufs Neue. Ich bin stolz darauf, was wir bis jetzt erreicht haben. Die Arbeit mit den Sektionen ist aber ein Prozess, der nie aufhört. Es gibt immer wieder neue Möglichkeiten, die sich ergeben, und immer wieder andere Probleme zu lösen. Das finde ich spannend.



Gedacht – gesagt – getan: Die SP Michelsamt wurde gegründet

MONI PACHERA (41) IST DIE GRÜNDUNGSPRÄSIDENTIN DER SP MICHELAMT, WELCHE DIE GEMEINDEN BEROMÜNSTER UND RICKENBACH UMFASST. DIE SEKTION BESTEHT SEIT SEPTEMBER 2021.

In den Gemeinden Rickenbach und Beromünster sind die drei Parteien CVP, SVP und FDP stark vertreten und bestimmen die kommunale Politik massgebend. Wie überall ist es für Minderheiten schwierig sich Gehör und Einfluss zu verschaffen. Historisch gesehen, war das Michelsamt auch schon immer stark differenziert von Sursee, obwohl wir zum Wahlkreis Sursee zählen.

Dies habe ich selbst persönlich erlebt und wollte die politischen Institutionen in den Gemeinden nicht dazu zwingen, Interessierte zu involvieren und proaktiv zu kommunizieren. Was eignet sich besser dazu, als Teil der Institutionen zu werden, um teilzuhaben; da erschien es mir am einfachsten eine Sektion zu gründen: gedacht – gesagt – getan.



Moni Pachera, Präsidentin SP Michelsamt

Mit der Unterstützung der Kantonalpartei und unter Projektleitung von Kilian Koch haben wir in einer Kerngruppe begonnen und kurzum die Sektion gegründet.

In beiden politischen Gemeinden sind zur Zeit gewichtige Themen zu behandeln: Windenergie, Umfahrungsstrassen, Pflegeheime und die Basisdemokratie grundsätzlich – da will Frau:Mann doch mitgestalten und Verantwortung mittragen.

Seit September 2021 sind wir als Kerngruppe im regen Austausch zu den aktuellen gesellschaftspolitischen Themen im Michelsamt. Wir haben uns mit der ehemaligen SP Pfeffikon getroffen, uns zusammen mit den anderen Sektionen im Amt Sursee und der Kantonalpartei besprochen. Wir sind aktiv zu den an-

stehenden nationalen und kantonalen Abstimmungen unterwegs und beteiligen uns mit unserer Stimme an den entsprechenden SP Delegiertenversammlungen.

Unseren ersten öffentlichen Auftritt hatten wir an einem gemeinsamen Podium mit den weiteren Ortsparteien von Beromünster zum Thema «Gemeindeinitiative: Für eine zeitgemässe Gemeindeversammlung».

Wir sind noch jung und eine kleine Gemeinschaft und müssen uns selbst noch besser institutionalisieren, aber wir sind stolz, den ersten Schritt gemacht zu haben, und freuen uns auf die steile Lernkurve und die Chance Gehör zu erhalten.

KOMMENTAR



NEU IM PARTEISEKRETARIAT

Dariyusch Pour Mohsen

Liebe Genossinnen und Genossen

Mein Name ist Dariyusch Pour Mohsen, ich bin 31 Jahre alt und arbeite seit Januar 2022 mit 80 Stellenprozenten als Sekretär bei der SP Kanton Aargau.

Aufgewachsen bin ich in Erlinsbach im Kanton Solothurn. Nach einem Abstecher in Aarau wohne ich seit letztem Jahr in Buchs. Während meiner kaufmännischen Ausbildung habe ich in der Gemeinde Gränichen in der Abteilung Soziales gearbeitet. Diese Zeit hat mein politisches Bewusstsein für soziale Fragen geprägt. Meine ersten Schritte in der Berufswelt, der Politik und der SP machte ich einige Jahre später als Parteisekretär der SP Basel-Stadt. In diesen fünf Jahren durfte ich diverse Kampagnen begleiten und stand in engem Kontakt mit den Gremien. Anfang 2020 wechselte ich zur Gewerkschaft Unia Region Aargau-Nordwestschweiz. Das gewerkschaftliche Engagement wird mich auch nach dieser Zeit weiterhin begleiten, denn es ist jetzt wichtiger denn je.

Nach sieben Jahren (gewerkschafts-)politischer Arbeit in Basel bin ich sehr motiviert, mich in Zukunft für eine solidarische Politik für alle im Kanton Aargau einzusetzen. Ich werde mich unter anderem mit den Themen Administration und Soziale Medien auseinandersetzen. Ich freue mich auf eine spannende Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organen und auf viele interessante Bekanntschaften.

Dariyusch Pour Mohsen von Buchs ist seit 1. Januar 2022 Parteisekretär der SP Aargau.

Weihnachten auf der Balkanroute

DIE SEIT MONATEN BEINAHE TÄGLICHE PRAXIS, MENSCHEN GEWALTSAM UND GEGEN INTERNATIONALES RECHT AUS DEM EU-LAND KROATIEN NACH BOSNIEN-HERZEGOWINA ZU SCHAFFEN, GERIET BEINAHE WIEDER IN VERGESSENHEIT UND AUS DEM ÖFFENTLICHEN BEWUSSTSEIN. EINE SPURENSUCHE.

Seit Wochen konzentriert sich die internationale Medienberichterstattung auf die Situation der Geflüchteten und Migrant*innen an der Grenze zwischen Belarus und Polen und auf die politischen Auseinandersetzungen zwischen Minsk und Warschau, aber auch zwischen Brüssel und Moskau. Im Schatten der Berichterstattung versuchen aber weiterhin zahlreiche Menschen über das Mittelmeer oder die Balkanroute Europa zu erreichen. Im Rahmen des Projekts Help Now waren wir über die Festtage erneut vor Ort, um Hilfe zu leisten.

Etwas vierzehn Stunden dauerte die Fahrt aus dem Aargau nach Bihać im Nordwesten Bosnien-Herzegowinas. Wir hatten circa vierzig Schlafsäcke dabei, und uns standen dank zahlreicher Spenden mehr als 30000 Franken für den Einkauf von Hilfsgütern zur Verfügung. Die Schlafsäcke übergaben wir Ines Tanović und ihrer Organisation «Kompas 071». Sie ist in den Städten Sarajevo und Bihać aktiv und hilft Geflüchteten direkt und unkompliziert. Menschen in Not können sich bei Kompas 071 aufwärmen, duschen, ihre Kleidung waschen, Handy aufladen, einen Tee trinken oder auch etwas essen.

Die Armut in der Region Bihać, wie auch in ganz Bosnien-Herzegowina, ist sehr gross. Mit Muhamed Pehlić von der Organisation «SOS Balkanroute» suchten wir dann Geflüchtete in ihren Schlafplätzen auf. Diese befinden sich in Häusern, die im Krieg 1992–1995 zerstört wurden, oder in improvisierten Zeltlagern am Stadtrand von Bihać. Die Zustände sind menschenunwürdig. Die Menschen leben im Schlamm. An kleinen Feuern versuchen sie, sich vor der Eiseskälte zu schützen. In den verlassenen Kriegsruin-

nen ist es zwar trockener und auch wärmer, aber es besteht das Risiko, dass die Häuser einstürzen oder dass die Polizei diese Orte immer wieder kontrolliert. Diese bringt sie dann in das neue Lager «Lipa» etwa dreissig Minuten mit dem Auto südlich von Bihać oder nach Sarajevo.

Nach ersten Konsultationen und Absprachen mit dem städtischen Roten Kreuz vereinbarten wir den Kauf von Lebensmitteln für Geflüchtete und für die lokale Bevölkerung. Zusätzlich konnten wir den Einkauf und die Lieferung von Hosen, Jacken und Schuhen für 300 Geflüchtete und Migrant*innen im Lager Lipa organisieren.

Gemäss der uns vorliegenden Informationen befinden sich zur Zeit – aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen und der kalten Jahreszeit – viel weniger Menschen in den Lagern um Bihać und Velika Kladuša. Die bisherigen Lager Sedra und Bira wurden geschlossen. Das Lager Miral in Velika Kladuša ist (noch) geöffnet und soll um die 350–400 Personen beherbergen. Im Aufnahmezentrum Borići in Bihać, das wir aufsuchen konnten, sind um die 150–180 Personen, davon vierzig Kinder. Vor einem Jahr brannte das Lager Lipa südlich von Bihać. Es wurde neu aufgebaut und organisiert. Heute sollen sich dort etwa 450–500 Personen befinden, darunter auch etwa 18 unbegleitete Jugendliche und wenige Familien. Die Zustände und die Infrastruktur in beiden Zentren, Borići und Lipa, wurden grundlegend neu aufgebaut und verbessert. Ankommende Migrant*innen und Geflüchtete werden medizinisch untersucht und müssen aufgrund der Corona-Pandemie in Quarantäne oder Isolation. Trotz der allgemein verbes-





serten Zustände befinden sich ausserhalb der Flüchtlingslager ein grosse Anzahl von Menschen, die unter schwierigen Umständen «leben». Nicht alle werden durch mobile Helfergruppen aufgesucht. Zur Zeit befinden sich viel mehr Menschen in Sarajevo und Umgebung. Sie warten wärmere Jahreszeiten ab. In der Region geht man davon aus, dass in den warmen Monaten sich wieder viel mehr Menschen aus der Türkei und Griechenland, aber auch innerhalb Bosnien-Herzegowinas auf den Weg Richtung Bihać machen werden.

In Bihać haben wir zwei Lager aufgesucht. Zuerst waren wir in «Lipa». Dieses Lager befindet sich auf einer Anhöhe südlich der Stadt in einer beinahe menschenleeren Ortschaft. Die ehemals serbischen Einwohner wurden im Krieg vertrieben oder flohen. Zur Zeit lebt hier nur noch ein Einwohner. Das Flüchtlingslager in Lipa war vor einem Jahr komplett niedergebrannt. Es bestand damals grösstenteils aus Zelten, und die Zustände waren problematisch. Inzwischen ist es neu aufgebaut worden. Die Geflüchteten und Migranten leben zu sechst in einem beheizten Container. Nach Auskünften der IOM (UN Migration) ist die medizinische Versorgung gewährleistet. Ankommende müssen nach einer Untersuchung zuerst in Quarantäne, bevor sie in Wohncontainern untergebracht werden. Vor Ort ist noch nicht alles fertig, daher werden die drei täglichen Mahlzeiten weiterhin ausserhalb des Lagers vom Roten Kreuz zubereitet und geliefert. Auf den ersten Blick wirkte das Lager auf uns strukturiert, durchdacht und sauber, was sicher auch damit zu tun hat, dass alles neu ist und dass während unseres Aufenthaltes auch erst rund 400–450 Menschen dort waren. Davon waren 18 unbegleitete Jugendliche (UMAs). Das Lager soll planmässig bis zu 1500 Personen aufnehmen können. Ab dem Frühling werden es wahrscheinlich wieder

deutlich mehr werden, und es wird sich dann zeigen, wie die Bedingungen dann sein werden.

Das zweite Lager «Borići» befindet sich im Gebäude eines ehemaligen Schüler- und Studentenwohnheims beim nahegelegenen Partisanenfriedhof und gegenüber dem lokalen Fussballverein der Stadt Bihać. Im Frühjahr 2018 war das Haus eine einsturzgefährdete Ruine, in der Hunderte Geflüchtete aus Syrien lebten. Inzwischen ist das Gebäude hergerichtet worden, und nichts erinnert mehr an den Krieg. Hier befindet sich ein Lager für Familien mit Kindern. Zur Zeit sollen sich dort um die 150 Personen, davon vierzig Kinder befinden.

In Bihać kauften wir ebenfalls Lebensmittel für die Hilfsorganisation Merhamet ein. Merhamet betreibt eine öffentliche Suppenküche, in der sich Bedürftige, Geflüchtete und Einheimische täglich eine warme Mahlzeit abholen können. Für die Monate Februar und März konnten wir diese sicherstellen.

Unsere zweite und abschliessende Station in Bosnien-Herzegowina war die Stadt Mostar. Das Flüchtlingslager «Salakovac» für Geflüchtete aus Syrien wurde aufgelöst. Wenige Migrant*innen wählen aufgrund der geografischen Lage, aber auch der politischen Situation in der Herzegowina diese Route. Allerdings gibt es noch ein «Transitlager» für Vertriebene und Geflüchtete des Jugoslawienkrieges in Salakovac. Hier leben seit fast 25 Jahren noch Familien. Wir organisierten hier den Einkauf und verteilten in zwei Gruppen Lebensmittelpakete für sozialhilfebedürftige Familien, oft auch für alleinstehende ältere Personen, meist Frauen.

Wir werden wieder hinfahren.

Sandro Covo von Lenzburg ist Geschäftsleitungsmitglied der SP AG, war 2018, 2019 und im 2021 im Rahmen des Hilfsprojekts Help Now in Bosnien-Herzegowina aktiv. Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Migrant*innen AG und Geschäftsleitungsmitglied der SP AG, war 2015 Mitgründer des Bremgarter Vereins Help Now, seit 2017 unter dem Dach des Vereins Netzwerk Asyl Aargau. Seit 2015 war er mehr als ein Dutzendmal auf der Balkanroute, um Migrant*innen und Geflüchteten in Not zu helfen. Seit 2018 organisierte er mehrfach Hilfsaktionen in Bosnien-Herzegowina.

KOMMENTAR



Findungskommission nimmt Arbeit auf

Noch bis am 23. Januar läuft die Frist für Kandidaturen für die Nachfolge des Präsidiums der SP Aargau. Doch was alles hinter einem solchen Amt steckt, ist von aussen nicht ganz einfach einzuschätzen, was den Entscheid für oder gegen eine eigene Kandidatur erschweren könnte. Um diese Hürde ein wenig zu beseitigen, gibt es auch bei dieser Neubesetzung wieder eine Findungskommission. Ihre Aufgabe ist es, potentielle Kandidat:innen zu finden und diese bei ihrem Entscheid zu beraten. Die Mitglieder der Kommission sind:

- Simona Brizzi, Ennetbaden, Grossrätin Bezirk Baden, Vorstand SP Ennetbaden, Erziehungswissenschaftlerin und Dozentin
- Sandro Covo, Lenzburg, GL SP Kanton Aargau, ehem. GL JUSO Schweiz, ehem. Co-Präsident JUSO Aargau, Informatiker
- Barbara Loppacher, Muri, leitende Staatsanwältin, nebenamtliche Richterin am Bundesstrafgericht
- Charly Suter, Tägerig, Vorstand 60+, Vorstand SP Tägerig, ehem. Stiftungsleiter Orte zum Leben
- Denise Widmer, Suhr, ehem. Grossrätin, ehem. Co-Präsidentin SP Kanton Aargau, Gesamtleiterin Kinderheim Elisabeth

Alle, die sich für eine Kandidatur interessieren, egal ob alleine oder im Co-Präsidium, oder die sonst Fragen zur Kandidatur oder zum Amt haben, können sich unter findungskommission@sp-aargau.ch bei der Kommission melden. Auch bei der Selbsteinschätzung der potentiellen Kandidat:innen kann die Findungskommission helfen, dafür hat sie einen Katalog von Anforderungen, die dieses Amt betreffen, ausgearbeitet. Und ganz wichtig: Die Findungskommission kommuniziert nicht an die Öffentlichkeit, weder darüber, wer alles mit ihr Kontakt hatte, noch wie die Gespräche verliefen.

Sandro Covo von Lenzburg ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Spenden an: Verein Netzwerk Asyl Aargau/
Help now/5408 Ennetbaden/
IBAN: CH79 0900 0000 6120 9530 2/
PC Konto: 61-209530-2

Sämi Bhend – ein Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit

Am 2. Dezember 2021 ist der frühere Berner Regierungsrat Sämi Bhend gestorben.

Sämi wurde 1974 in den Grossen Rat gewählt. 1985 wurde er Präsident der SP des Kantons Bern. 1997 wurde Sämi Bhend in den Regierungsrat gewählt und übernahm die Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Er suchte Lösungen für die Situation in der Sozialhilfe, kämpfte gegen steigende Krankenkassenprämien und setzte sich für den Standort Bern ein – insbesondere auch bei der Spitzenmedizin. Als besonders schwierig erwies sich das Spitaldossier: Sämi musste schmerzhaftes Strukturbereinigungen in der Spitallandschaft an die Hand nehmen. Er tat dies mit Augenmass und grosser Empathie. Im Amtsjahr 1999/2000 war Sämi Regierungspräsident.

Sämi Bhend war ein politischer Mensch, der sich ein Leben lang für die öffentliche Sache engagierte. Er verfügte über ein grosses Gerechtigkeitsgefühl und setzte sich unbeirrt für die von ihm als richtig erkannten Lösungen ein. Ein Regierungskollege sagte, er habe die präzise und konsequente

Argumentation von Sämi immer geschätzt, die Auseinandersetzungen hätten zu besseren Ergebnissen geführt. Sämi hatte Humor, er war ein aufmerksamer Gesprächspartner und ein vorbildlicher Vorgesetzter.

Sämi Bhend war absolut integer. Er stellte sehr hohe Anforderungen an sich selbst und war immer loyal zu den Institutionen. Sämi war gerne Regierungsrat. Er sah in dieser Rolle eine Verpflichtung zu unermüdlichem Einsatz. In seinem Herzen blieb er immer ein Sozialdemokrat.

Sämi Bhend hatte ein erfülltes Leben. Nach der Pensionierung konnte er eine unbeschwertere Zeit in Gunten am Thunersee

verbringen. In den letzten Jahren musste er aufgrund seiner Krankheit erhebliche Einschränkungen ertragen. Sämi Bhend wird nicht nur seiner Ehefrau Lotti Reber-Bhend, die sich auch in der Öffentlichkeit engagierte, den vier Kindern und den Enkelkindern fehlen. Er wird auch der SP des Kantons Bern fehlen.

Kurt Nuspliger, ehem. Staatsschreiber des Kantons Bern

*Gekürzte Fassung.
Der Nachruf auf Sämi Bhend
kann online in voller Länge
gelesen werden:*



AGENDA 2021

- **Samstag, 5. Februar** | Auftaktaktion Grossratswahlen
- **Sonntag, 13. Februar** | Abstimmungen
- **Mittwoch, 2. März** | Parteitag in Bern
- **Sonntag, 27. März** | Kantonale Wahlen

Das Zwischending zwischendrin

Kanton sein ist kein Zuckerschlecken. Auf der einen Seite ist da die grosse, nationale Politik: Bundesbern verheisst Scheinwerferlicht und Glamour. Und ein Mü Macht. Wer dort mitmisch, kommt im Fernsehen. Nationale Politik ist relevant und interessiert. Dort spielt die Musik, werden Weichen gestellt, wird mit der grossen Kelle angerührt und eingebrockt. Das Gegenstück ist die Lokalpolitik. Sie punktet mit Nähe, Demokratie zum Anfassen, Überschaubarkeit, Turnhallen-Charme und Geselligkeit. Wer vor Ort politisiert, ist nah dran. Dort, wo das Leben spielt, wo Politik konkret und ausgelöffelt wird. Irgendwo dazwischen, im Föderalismus-Sandwich ungemütlich eingeklemmt und leicht verdrückt, hockt die kantonale Politik. Das Interesse an ihr ist oft mässig. Dafür ist sie tendenziell an allem «tschuud», was darüber oder darunter nicht rund läuft.

Rote Feder



Das gilt erst recht in einer Pandemie. Medial flankiert über «Kantönligeist» und «Flickenteppiche» zu schimpfen oder über «Trödelkantone» und «Föderalismus-Irrsinn» zu spotten, hat sich als Volkssport etabliert. Auch ist es ziemlich en vogue, nach einem starken Bundesrat zu schreien, der das Heft – oder die 26 Hefte – doch bitte endlich in die Hand nehmen soll. Dabei könnten – nein, müssten! – wir aus dem unfreiwilligen föderalistischen Stresstest eigentlich ganz andere Lehren ziehen: Zum Beispiel, dass Kantonspolitik verdammt wichtig ist. Vielleicht würden wir dann Ende März sogar eine Wahlbeteiligung hinkriegen, die nicht zum Schämen ist.

Stefan Krattiger, Präsident SP Aegerten und ehemaliger Gemeindepräsident

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern

Erfolgreiche Polit-Apéros in Zürich

In den letzten Monaten wurde in Stadtzürcher Wohnzimmern bei Apéroriche und Kürbissuppe viel diskutiert: Die Gespräche drehten sich etwa um mehr bezahlbare Wohnungen, die Förderung des Veloverkehrs oder auch die grossen Themen der Weltpolitik. Zum Wahlkampf-Auftakt zu den Gemeindewahlen hatten Mitglieder und Sympathisant:innen 120 Polit-Apéros organisiert und ihre Freund:innen eingeladen – im Herbst aufs Sofa oder an den Küchentisch, mit fortschreitender Pandemie auch in die Innenhöfe, um eine

Feuerschale. Die Campaigner:innen der Zürcher Basiskampagne sorgten dafür, dass SP-Politiker:innen aus Gemeinde- und Stadtrat, aber auch aus dem Kantonsrat und dem Nationalrat in der Runde mitdiskutierten. Auch Stadtpräsidentin Corine Mauch und Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr waren in dem einen oder anderen Wohnzimmer zu Gast.

Es wurde viel gelacht und heftig diskutiert, neue Mitglieder und viele Unterstützer:innen wurden gewonnen, die nun in der heissen

Stehen bei euch Wahlen an? Die Basiskampagne der SP Schweiz unterstützt euch gerne (nils.jocher@spschweiz.ch).

Phase des Wahlkampfes aktiv da und dort mithelfen. «Das Format der Polit-Apéros eignet sich wunderbar, um im informellen Rahmen einen persönlichen Austausch zwischen Politiker:innen und Wähler:innen zu ermöglichen. Dass wir darüber hinaus auch noch viele neue Mitstreiter:innen gefunden haben, freut mich extrem», sagt Barbara Spirig von der Basiskampagne Zürich. Kein Wunder, sind nach Neujahr alle mit viel Elan in die heisse Phase gestartet. Die Wahlen finden am 13. Februar statt.



Ob in der gemütlichen Stube oder draussen am Feuer: Die Polit-Apéros waren allesamt spannend. Rechts unten: Das Campaigning-Team der SP Zürich.



2022: Wir haben viel vor

Mattea Meyer,
Cédric Wermuth,
Co-Präsidium

Wenn du das «links» in den Händen hältst, ist es dafür zwar schon etwas spät: Dennoch möchten wir allen Genoss:innen und Leser:innen zuerst einmal alles Gute im neuen Jahr wünschen. Die letzten beiden Jahre waren für niemanden einfach und wir hoffen alle, dass sich die Lage rasch bessert. Politisch kann man leider nicht behaupten, dass eine Besserung in Sicht wäre.

Tatsächlich ist eher das Gegenteil der Fall. Die rechte Mehrheit in Parlament und Bundesrat hat entschieden, die Coronakrise für eine Intensivierung ihres neoliberalen Plans zu nutzen. 2022 wird darum fast ein bisschen zum Jahr der Abwehrschlachten:

■ Bereits am 13. Februar stimmen wir über die Abschaffung der Stempelsteuer ab. Diese ist der Ausgleich dafür, dass der Finanzbereich keine Mehrwertsteuern bezahlen muss.

Geht es nach der Konzernlobby, sollen bald sogar nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuert werden. Konzerne und Grossaktionäre müssten nichts mehr bezahlen. Das ist inakzeptabel.

■ Noch während des Abstimmungskampfs über die Stempelsteuer sind SP und Gewerkschaften gezwungen, das nächste Referendum zu ergreifen: Diesmal geht es um die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen und damit um eine eigentliche Einladung zur Steuerkriminalität. Alles in allem sind im Parlament Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen von gut drei Milliarden Franken aufgegleist.

■ Als wäre dies nicht genug, haben die Handlanger von Banken und Versicherungen zum Grossangriff auf die solidarischen Renten geblasen. Nicht nur sollen die Frauen für

die Sanierung der AHV-Finzen bluten. Bereits ist auch eine generelle Erhöhung des Rentenalters für die gesamte Bevölkerung geplant. Und das notabene zu einem Zeitpunkt, in dem die Situation der älteren erwerbslosen Menschen wegen der Coronakrise noch schwieriger geworden ist. Die Referendumsfrist läuft.

■ Dasselbe Schicksal droht der Reform der zweiten Säule: Eigentlich lag ein Kompromiss auf dem Tisch, der die Rentenverluste für Geringverdienende abgedeckt und besonders Frauen mit tiefen Löhnen besser versichert hätte. Doch die Lobbyisten haben den rechten Parlamentarier:innen direkt diktiert, wie sie zu entscheiden haben. Nun dient die Reform einzig der Finanzbranche. Auch hier steht das Referendum zumindest schon mal auf unserer Jahresplanung.

Die Strategie der Rechten ist klar: Sie will die SP mit möglichst vielen Angriffen auf die soziale Gerechtigkeit in die Defensive drängen. Am besten so stark, dass sie an die Grenze des Machbaren kommt. So weit wird es nicht kommen – im Gegenteil. Wir wollen 2022 auch mit eigenen Projekten in die Offensive gehen und zeigen, wie Freiheit für alle statt für wenige möglich ist:

■ Zusammen mit einer breiten Koalition lancieren wir unsere Kita-Initiative. Damit erhalten alle Kinder Anspruch auf einen Platz in der ausserschulischen Betreuung. Das schafft die Voraussetzung für echte Fortschritte in der Gleichstellung und bringt den Angestellten in der Betreuung jene Wertschätzung ein, die sie verdienen.

■ Beim Klimaschutz braucht es grosse öffentliche Investitionen. Genau so weitsichtig, wie frühere Generationen die SBB lanciert und die AHV geschaffen haben, wollen wir die Schweiz mit einem Jahrhundertumbau klimaneutral machen. Die Klimafonds-Initiative stellt sicher, dass jährlich zwischen einem halben und einem ganzen Prozent des BIP dafür investiert wird.

■ Mit der zweiten Initiative für einen sozial und ökologisch verantwortungsvollen Finanzplatz sorgen wir dafür, dass Geld nicht länger in klimaschädliche und verantwortungslose Geschäfte fliesst. Beide Klima-Initiativen werden wir in einer breiten Allianz lancieren.

■ Und drittens werden wir zusammen mit den Gewerkschaften einen Initiativ-Vorschlag zur Finanzierung der AHV unterbreiten: Mit den überschüssigen Gewinnen der Nationalbank lässt sich die AHV ohne Zumutungen und Kürzungen sanieren. So verteidigen wir das wichtigste Sozialwerk unseres Landes.

Ja, wir haben viel vor. Wir wissen, dass wir damit von Mitgliedern und Sympathisant:innen viel verlangen. Umso dankbarer sind wir für eure Unterstützung. Packen wir es an!

«2022 wird fast ein bisschen zum Jahr der Abwehrschlachten.»

Gleichstellung braucht Kita-Plätze

AM PARTEITAG VOM 5. FEBRUAR STIMMEN WIR DARÜBER AB, OB WIR DIE KITA-INITIATIVE LANCIEREN WOLLEN - DAS NÄCHSTE PUZZLESTÜCK AUF DEM WEG ZU MEHR GLEICHSTELLUNG. WIR FORDERN GUTE UND BEZAHLBARE KINDERBETREUUNG FÜR ALLE SOWIE BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DEN KITAS. Mattea Meyer und Cédric Wermuth

Kinder grossziehen ist Arbeit. Die Kinderbetreuung läuft nicht nebenher, sie erfordert Zeit, Geld und Energie. Heute übernehmen Frauen den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit, ohne die unsere Gesellschaft nicht existieren könnte. Oft reduzieren sie dafür ihr Erwerbsspensum. Das hat seinen Preis: Sie verfügen über ein tieferes Einkommen und später über eine tiefere Rente. Jährlich verdienen Frauen 100 Milliarden Franken weniger als Männer, obwohl sie gleich viele Stunden arbeiten. Die Unterschiede lassen sich grösstenteils auf die ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit zurückführen.

Ungenügende Betreuungsstrukturen sind eine grosse Hürde für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 60 Prozent der Eltern wünschen sich familienergänzende Kinderbetreuung. Kita-Plätze aber sind rar und teuer.

Frei wählbare Betreuung

Mit der Initiative wollen wir sicherstellen, dass familienergänzende Kinderbetreuung für alle Familien in der Schweiz zugänglich und bezahlbar ist. Jedes Kind soll Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Eltern sollen die passende Betreuung wählen dürfen: Die Initiative fördert Tagesfamilien, Kitas, Horte, schulergänzende Angebote sowie Ganztageschulen. Damit wird die heutige Betreuungslücke zwischen Mutterschaftspause und Schuleintritt geschlossen.

Zusätzlich will die Initiative die Arbeitsbedingungen der Angestellten in der Betreuung verbessern. Diese leisten eine gesellschaftlich wichtige und verantwortungsvolle Arbeit. Wie in vielen «Frauenberufen» sind sie jedoch unterbezahlt, und die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Viele Kitas sind unterfinanziert. Aus Spargründen werden Praktikant:innen eingestellt, und wenige Angestellte sind für viele Kinder zuständig. Damit alle Kinder kompetent betreut werden können, braucht es ausgebildete Fachleute mit guten Arbeitsbedingungen.

Kinderbetreuung als Service public

Klar ist: Kinderbetreuung kostet. Und sie ist gesellschaftlich notwendig. Heute tragen vor allem die Eltern die Kosten. In Zukunft soll die Finanzierung solidarisch über das Steuersystem erfolgen. Mit der Initiative fordern wir, dass der Bund zwei Drittel der Kosten übernimmt, Eltern jedoch höchstens 10 Prozent ihres Einkommens für die Kinderbetreuung aufwenden müssen.

Und klar ist auch: Ohne familienexterne Kinderbetreuungs-Einrichtungen würde die gesamte Wirtschaft zusammenbrechen. Es ist an der Zeit, Kitas endlich als Teil der öffentlichen Infrastruktur zu behandeln und gemeinschaftlich zu finanzieren.

Haltet euch bereit: Der Sammelstart ist im März 2022.

Gleichstellung braucht Kita-Plätze



**Sammelstart
März 2022**



Wo Bild und Gaumen zusammen- kommen

IN DER COALMINE, DEM RAUM FÜR FOTOGRAFIE UND VISUELLE KULTUR IN WINTERTHUR, ISST ES SICH INMITTEN VON BÜCHERN GANZ VORZÜGLICH UND GLEICHZEITIG NACHHALTIG. BEKOCHT WERDEN DIE GÄSTE VON SP-MITGLIED RICHARD POHLER. Pia Wildberger

«Geh zwei Mal in der Woche auf den Markt», lautet Richard Pohlers Rat für eine nachhaltige und feine Küche. So isst man automatisch regional. «Nur in der Migros hat immer alles Saison.» Richard stammt aus einer Familie, in der die Landwirtschaft über Generationen eine grosse Rolle spielte. «Der Gang zum Markt wurde mir quasi in die Wiege gelegt», erzählt er. «Denn eine lange Reise merkt man den Kräutern und dem Gemüse an.» Richard sind kurze Wege und die Unterstützung lokaler Produzenten wichtig, «weil das klimaschonend und nachhaltig ist».

Regionale und saisonale Zutaten prägen die winzige Küche in der Coalmine, dem ehemaligen Kohlekeller des Volkart-Hauses in Winterthur. Auf knapp zehn Quadratmetern kreierte Richard unkomplizierte Gerichte, die auf der Zunge zergehen und das Fernweh wecken: Unter dem Namen «Lissabon» werden etwa Sardinen aufgetischt, und wer «Tel Aviv» bestellt, isst weisses Bohnen-Hummus.

Die Menus spiegeln die kulturellen Veranstaltungen der Coalmine, die einen in den Urwald Brasiliens entführen oder an die Küsten Georgiens. Oder nach Luzern und Wetzikon. Die Gäste essen mit Blick auf die Bar und sozusagen in Begleitung der vielen hundert Suhrkamp-Ausgaben, deren Reihen, nach Farben geordnet, bis zur Zimmerdecke reichen. Die Gäste haben die Wahl, doch dominieren vor allem mittags die vegetarischen und veganen Gerichte, die fast immer ohne Ersatzprodukte auskommen.

Kochen über dem Feuer

Nach der Lehre in einer «Sternenküche» kochte Richard im Winterthurer «Club zur Geduld», einem Privatklub nach britischem Vorbild. Später übernahm er die Küche im «George», dem Gastrobetrieb des Fotomuseums. Künftig möchte er mit Gleichgesinnten in Winterthur Pop-up-Restaurants aufbauen.

Privat hingegen kocht er am liebsten draussen am Feuer Eintopfgerichte, «und lieber für viele Freunde als nur für wenige». Das Gerstotto, das er der Links-Redaktion aufischt, kommt zwar nicht aus einem Feuertopf, doch könnte man sich das durchaus vorstellen. Es schmeckt verführerisch, überrascht mit Frische – und lässt auf mehr hoffen.

Zum Glück liegt das Coalmine in Bahnhofsnähe und ist täglich geöffnet.



Knusprig-knackiges Winter-Gerstotto

Für 4 Personen

Zutaten

- kleine Zwiebel
- 220 g Rollgerste
- 200 g Winterspinat
- 1 Liter Gemüsebouillon
- 1 Handvoll geröstete Haselnüsse
- 8 bunte Karotten vom Markt
- 1 Lagerapfel
- Meersalz, Apfelessig, Honig, Rapsöl

Zubereitung

Gerstotto: Zwiebel hacken, im Rapsöl andünsten, Rollgerste zufügen, mit Gemüsebouillon ablöschen und etwas Apfelessig begeben. Ein paar Spinatblätter zur Dekoration beiseitelegen, den Rest klein hacken, beifügen und unter gelegentlichem Rühren bei mittlerer Hitze während 40 Min. weichkochen.

Rüebli in mundgerechte Stengel schneiden, Honig, Rapsöl und Meersalz zu einer Marinade vermengen und Rüebli darin wenden. Ein paar Minuten marinieren und dann 30 Minuten bei 200 Grad im Ofen garen. Haselnüsse mit einem Tuch abdecken und mit einer schweren Pfanne zerkleinern und kurz rösten, Apfel fein hobeln.

Anrichten: gehackte Nüsse und Ofen-Karotten unter das weiche Gerstotto ziehen, mit Spinatblättern und gehobelten Apfelscheiben garnieren – en Guete!

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Wir wissen es alle: Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein grosser Teil der Ernte im Abfall, wobei am meisten Food-Waste in Privathaushalten anfällt. Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir nachhaltig kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Diskussion: Klimafonds-Initiative

SP und Grüne kommunizierten letztes Jahr fast zeitgleich die Lancierung einer Klimafonds-Initiative. Im Januar einigten wir uns mit den Grünen auf ein Projekt und gemeinsame Forderungen, die nun am Parteitag vorgelegt werden. Gemeinsam wollen wir weitere Parteien, Umweltverbände, Gewerkschaften und die Klimabewegung an den Tisch holen.

Mit der Klimafonds-Initiative wollen wir eine öffentliche Infrastruktur für den Klimaschutz schaffen. «Sie ist eine Hoffnungsperspektive, ein gesellschaftliches Grossprojekt für eine lebenswerte Zukunft», sagte Cédric Wermuth vor den Medien. Die Initiative bezieht alle mit ein und verbindet die Perspektive für eine hohe Lebensqualität mit einer nachhaltigen Wirtschaft: «Wir sichern den Wohlstand für künftige Generationen, schaffen Arbeitsplätze und stärken die soziale Gerechtigkeit.»

Verkehr, Immobilien, Wirtschaft

Der vorläufige Initiativtext sieht vor, dass jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des BIP in die ökologische Wende der Schweiz investiert werden, also rund 3,5 bis 7 Milliarden Franken. Konkret zielt die Initiative auf die Dekarbonisierung von Verkehr, Immobilien und Wirtschaft ab, auf die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien aus der Schweiz, auf Weiterbildung und Umschulungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer:innen, auf die Förderung negativer Emissionen (Rückbindung von CO₂) sowie auf die Stärkung der Biodiversität.

Die Schweiz kann und muss klimaneutral werden und den Rückgang der Artenvielfalt aufhalten. Investitionen in die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur haben sich volkswirtschaftlich immer gelohnt. Klimaschutz ist nur möglich, wenn die Kosten dieses Jahrhundertumbaus gerecht verteilt werden, er allen eine Perspektive bietet und die ganze Bevölkerung mit an Bord geholt wird.

Am Parteitag vom 5. Februar wird um ca. 14.30 Uhr über die Klimafonds-Initiative diskutiert. Schalte dich zu! Alle Debatten werden auf unserem YouTube-Kanal und unserer Website (sp-ps.ch) live übertragen.

COP26: NACHLESE MIT SIMONETTA SOMMARUGA

Wie geht es nach der Klimakonferenz von Glasgow weiter? Erfahre mehr – direkt von Bundesrätin Simonetta Sommaruga und dem Schweizer Delegationsleiter Franz Perrez. Die beiden geben am 26. Januar in einer Online-Konferenz Einblick in die Verhandlungen und erläutern, wie die Ergebnisse zu werten sind. Es besteht Raum für Fragen, die Interessierte mit der Anmeldung vorgängig einreichen können. Wir übertragen das Meeting auch live auf unserer Facebook-Seite.

26. JANUAR, 19.30 – 21 UHR

Hier kannst du dich anmelden: sp-ps.ch/de/cop26. Du bekommst rechtzeitig einen Zugangslink zugeschickt.

5 Fragen an ...

... HANNAH MARQUIS, BASEL-STADT



zVg

1. Weshalb bist du der SP beigetreten?

Ich möchte mich in einem gesellschaftlich relevanten Bereich engagieren. Als Psychologin arbeite ich immer im Privaten und kümmere mich vor allem um die inneren Vorgänge der Menschen. Mir fehlten zunehmend die gesellschaftlichen Aspekte. Und als die Kinder ausgeflogen waren, hatte ich endlich Zeit. Ich setzte mich für die Konzernverantwortungs-Initiative ein und hatte nachher Lust, mich in einer funktionierenden Organisation einzubringen. In politischen Fragen orientierte ich mich schon länger an der SP und soziale Inhalte sind mir wichtig. Als ich Cédric und Mattea in einem Interview hörte und die beiden vor Energie sprühten, eine Aufbruchstimmung herrschte, war mir klar, dass ich mich bei der SP wohl fühlen würde. Das hat sich in der Pandemie bestätigt – die SP ist die Partei der Fakten und der Forschung. Einzig auf die Anrede «Genossin» könnte ich verzichten, sie befremdet mich.

2. Was erwartest du von der SP?

Dranbleiben! Die Stempelsteuer ist ein gutes Beispiel dafür. Ihre Abschaffung wäre allein vielleicht nicht allzu schlimm. Sie ist aber Teil eines grösseren Ganzen, und da müssen wir dranbleiben. Ich wünsche mir auch, dass die Partei flexibel bleibt und nicht ideologisch argumentiert.

3. Was gefällt dir am besten?

Die offene Atmosphäre und die kritische Auseinandersetzung mit anderen Meinungen. Es ist ein Privileg, die politische Meinungsbildung hautnah zu erleben und in politischen Themen à jour zu sein. Der Austausch zwischen Menschen verschiedenster Herkunft ist mir ein Herzensanliegen.

4. Ende Monat wirst du pensioniert. Wie geht es weiter?

Ich werde in meiner Praxis weiterarbeiten. Einerseits, weil ich das gerne mache und dies dank meiner jahrzehntelangen Berufserfahrung auch gut und wirkungsvoll tun kann. Andererseits aber auch, weil ich als Alleinerziehende mit Teilzeitpensum nur eine tiefe Rente erhalte.

5. Wie stehst du zum Rentenalter 65?

Grundsätzlich könnte ich mir für Mann und Frau dasselbe Rentenalter vorstellen. Doch in der AHV 21 müssen die Frauen die gesamte Reform bezahlen, und der Effekt verpufft ganz schnell. Das darf doch nicht sein. Da muss die SP dagegenhalten!

ANNY KLAWA-MORF **JETZT ANMELDEN!**

Zürich Kolonial – Ein Stadtrundgang durch Zürichs koloniale Vergangenheit

"ZÜRICH KOLONIAL"

Termine: 06./ 11. /13. /19./ 26. Februar und 6. März
Anmeldungen unter:
www.anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial

GROUPS **GROUPS**
DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss

800 Ferienhäuser und Hotels in Europa für Gruppen und Familien, Freizeit und Kurse

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Protokollführung

D1.8.2210

4.–5. April 2022, Balsthal, Hotel Balsthal

Inhalt: Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls

Referentin: Milena Reis (Lehrperson GiBB)

Meine Anliegen am Arbeitsplatz durchsetzen

D2.4.2219

5.–6. April 2022, Biel, Hotel City
Inhalt: Erkennen und Einschätzen von Verhandlungsspielräumen,

Vorbereitung und Phasen eines Verhandlungsgesprächs, Win-win-Strategien (Harvard-Prinzipien), Techniken im Gespräch, Übungen anhand von Fallbeispielen
Referent: Jérôme Hayoz (PVP)

Burnout erkennen und vorbeugen

D2.5.2213

12.–13. Mai 2022, Läuelfingen, Quellhotel Bad Ramsach
Inhalt: Ursachen und Symptome von Burnout, persönliche Belastungssituationen, Ressourcen
Referent: Martin Frei (Coach/Organisationsentwickler)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.



«ZH kolonial» – ein Stadtrundgang durch Zürichs koloniale Vergangenheit

Sonntag, 6. Februar (14 Uhr);
Freitag, 11. Februar (17.30 Uhr);
Sonntag, 13. Februar (14 Uhr);
Samstag, 19. Februar (14 Uhr);
Samstag, 26. Februar (14 Uhr);
Sonntag, 6. März (14 Uhr);
Anmeldung und Informationen unter: anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial

Veranstaltungs-Reihe

«Europacafés»

Die im 2021 erfolgreich gestarteten Europacafés finden auch dieses Jahr ihre Fortsetzung. Thematisch wird es Veranstaltungen zum Thema «Radikalierter Konservatismus», «Kinderbetreuung: Das nordische Modell» und «Defizite und Potenzial der europäischen Demokratie» geben. Je nach Pandemiephase finden die Cafés vor Ort oder online statt.

Dienstag, 8. Februar 20 Uhr:

«Radikalierter Konservatismus», mit Natascha Strobl, Politikwissenschaftlerin aus Österreich, live unter [facebook.com/annyklawamorf/live](https://www.facebook.com/annyklawamorf/live)

Seminar «Grundlagen und Geschichte der Sozialen Demokratie»

Am eintägigen Grundlagenseminar lernen Teilnehmende die Geschichte der Sozialen Demokratie kennen und untersuchen an konkreten Beispielen, wie eine Politik der Sozialen Demokratie verwirklicht werden kann. Das Seminar findet 2022 viermal statt.

Training Days for Social Business

Gemeinsam mit der Dachorganisation der progressiven Stiftungen in Europa (FEPS) organisieren wir eine Tagung zu Selbstorganisation und praktischer Wirtschaftsdemokratie. Die Tagung findet im Juni 2022 voraussichtlich in Olten statt.

Die genauen Veranstaltungsdaten sowie unsere Studien, Publikationen und Diskussionspapiere finden sich ab Anfang Februar auf anny-klawa-morf.ch

AGENDA 2022

Tipp

26. JANUAR 2022
Rückblick mit Simonetta Sommaruga auf die Klimakonferenz in Glasgow, online

5. FEBRUAR 2022
Parteitag online

19. FEBRUAR 2022
Mitgliederversammlung der SP Frauen

5. MÄRZ 2022
Jahreskonferenz der SP Migrant:innen

22. MÄRZ 2022
Webinar: Öffentliches Beschaffungswesen für Kommunalpolitiker:innen

25. MÄRZ 2022
Parteiartssitzung in Bern

26. APRIL 2022
Delegiertenversammlung der SP60+ in Bern

Aktuelle Infos unter www.spschweiz.ch/agenda



Das «Al Forno Vacanze» in Pila/Intragna sucht eine neue

Betriebsleitung/Gastgeber:in

Nach 24 erfolgreichen Geschäftsjahren verlässt uns das bisherige Betriebsleitungs-Paar. Wir suchen deshalb ab Frühling/Sommer 2022 bzw. nach Vereinbarung neue Gastgeber:innen, die das Al Forno Vacanze selbständig führen und weiterentwickeln.

Al Forno Vacanze ist eine kleine, autofreie Rustico-Ferienstiedlung oberhalb von Intragna im Weiler Pila, am Eingang des Centovalli, erreichbar mit der Seilbahn oder zu Fuss. Die familienfreundlichen Ferienwohnungen in den sanft renovierten Rustici sind einfach und gemütlich eingerichtet. Die Ferienhäuser liegen verstreut am Sonnenhang auf etwa 500 Meter über Meer, mitten in wilder Natur. Die Siedlung ist mit dem öffentlichen Verkehr gut erreichbar und umfasst rund 60 Betten, in Rustici sowie in einzelnen Zimmern im Haupthaus.

Das Al Forno hat eine bewegte Geschichte hinter sich, bot es doch während dem Zweiten Weltkrieg politischen Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland Schutz. Diesem Erbe fühlt sich Al Forno weiterhin verpflichtet.

Bewerbungen von Paaren sind ebenso willkommen wie Einzelbewerbungen. Interessent:innen nehmen bitte mit Peter Vollmer, Präsident des Trägervereins, Kontakt auf: Peter Vollmer, Postfach, 3001 Bern, per Mail an peter@vollmer.ch oder telefonisch unter +41 79 318 02 35. Mehr Informationen auch unter: al-forno.ch.

Steuerkriminalität fördern?



**JETZT KARTE
IN DER
HEFTMITTE
UNTER-
ZEICHNEN**

NEIN

**zur Abschaffung
der Verrechnungssteuer**

Hier unterschreiben

SP